

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die bezahlteste Pfortseite oder deren Raum 15 Pfg., die bezahlteste Rückseite 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherte oder durch Fernsprecher aufgegebenes Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 26

Dienstag, den 4. März 1930

32. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 5. März, 13 Uhr. sollen im städtischen Waldplan an der Rotter Straße (Reitplatz) 22 rm kiefernes Rollholz, 44 Stangenhausen

versteigert werden. Sammelort: Gastwirtschaft Fechner. Bedingungen im Termin. Kemberg, den 3. März 1930.

31] **Der Magistrat.**

Sonnabend, den 8. März

Kram- und Viehmarkt

in Kemberg. Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr. Kemberg, den 3. März 1930.

32] **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

* Die innenpolitische Lage ist auch durch die letzten Kabinettsänderungen nicht geklärt worden, so daß eine Regierungskrise bedrohlich nahe gerückt ist.

* Reichspräsident von Hindenburg hat einzelne Parteiführer empfangen, um vermittelnd in der Frage des Notopfers einzugreifen.

* In Zardus neuem Kabinett ist auch Brand wieder als Innenminister, Maginat als Finanzminister vorgesehen, einzelne Minister werden von weiter rechts als bisher hergeholt werden müssen.

* Das sechsjährige Dienstjubiläum des ungarischen Reichsadmirals, Admiral Horty, wurde in Budapest mit großem Glanz gefeiert.

Faschingspause im Reichstag.

Eine kurze Schlußsitzung.

— Berlin, 1. März.

Im Reichstag begann die angekündigte Faschingspause. Erst am Donnerstag nächster Woche wird das Plenum wieder zusammentreten, am dann die zweite Lesung der Youngplanvorlage zu beginnen.

Die Sitzung selbst war nur kurz. Der Nachttraisat wurde noch kurzer Aussprache dem Ausschuss überwiesen. Ein kommunistischer Antrag, die Zollschöpfung für Kaffee und Tee rückgängig zu machen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Eine Aussprache entspann sich nochmals über die Verlängerung der Reichstagsferien.

Der Ausschuss hat bekanntlich beschlossen, diese Gehehe nur bis zum 30. Juni 1931 zu verlängern, um in der Zwischenzeit eine Reform der Reichsregierung durchzuführen. Die Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei traten dafür ein, daß die Verlängerung nur für ein halbes Jahr beschließen werde. Sozialdemokraten und Kommunisten wollten dagegen die Regierungsvorlage wieder herstellen, die eine Verlängerung bis 1932 vorsah. Alle diese Anträge wurden abgelehnt und die Verlängerung entsprechend dem Vorhug des Ausschusses endgültig beschlossen.

Der Preussische Landtag.

Annahme landwirtschaftlicher Anträge.

Der Preussische Landtag nahm eine Reihe von Anträgen zu Gunsten der Landwirtschaft an. U. a. soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden, in einem deutsch-polnischen Handelsvertrag keine Einfuhr von Schweinen aus Polen zuzulassen. Der ostpreussischen Landwirtschaft soll durch Erleichterung der Kreditverhältnisse geholfen werden. Für die bäuerliche Bevölkerung der Grenzprovinzen werden verstärkte Mittel verlangt.

Auf die Reichsregierung soll zwecks Erlasses eines Verordnungs hingewirkt werden, wonach bei der angestrebten Rat der Landwirtschaft Forderungen wegen steuerlicher Rückstände nicht vorgenommen werden sollen. Annahme fanden auch Anträge wegen Erhöhung des Zolles für Bier, Obst und Gemüse. Auch die Einfuhr ausländischer Weine soll angelehnt der Vorlage der deutschen Winzer beschränkt werden. Schließlich wird noch verlangt: Senkung der Zinsenlast der Landwirtschaft, Erhöhung der Weinzölle, Maßnahmen gegen ein weiteres Sinken der Viehpreise und Stützung des Roggenpreises auf Weltmarktländ.

Verwaltung der Arbeitslosenversicherung.

Eine bemerkenswerte Stellungnahme.

— Berlin, 1. März.

Angesichts der Erörterungen über die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung ist die Stellungnahme der „Sozialen Praxis“, des Zentralblattes für soziale Politik und Wohlfahrtspflege, recht bemerkenswert. Die „Soziale

Praxis“ wendet sich gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratischen Vertreter und schreibt, daß in der Haltung der freien Gewerkschaften

eine lethargische Inkonsequenz

steht. Man kann nicht gut auf der einen Seite weitgehende Selbstverwaltung verlangen und dann schwierigen und unangenehmen Verantwortungen ausweichen wollen. Ob eine solche Erweiterung der Selbstverwaltung zweckmäßig wäre, ist freilich eine andere Frage. Theoretisch hat sie für sich, daß aus dem Reich der Verwaltung auch die Pflicht der Verantwortlichkeit hergeleitet würde. Praktisch spricht aber dagegen, daß

die Finanzverwaltung der Reichsanstalt

— weit stärker als bei den Trägern der reinen Sozialversicherung — in ihrer Ausübung keine interne Angelegenheit ist, sondern daß sie weit darüber hinaus auf andere Gebiete, in erster Reihe die öffentliche Wohlfahrtspflege, ausstrahlt.

Daher wäre es natürlich völlig untragbar, wenn bei einer solchen Autonomisierung nach wie vor der Vertreter der öffentlichen Körperschaften von jeder Mitwirkung ausgeschlossen blieben, die Gemeinden also etwaige Belästigungen ihrer Wohlfahrtsrats auf sich nehmen müßten, ohne dabei überhaupt, nicht einmal durch mittelbare Vertreter, mitreden zu dürfen.

Abgesehen hieron kann aber alle Theorie darüber nicht hinwegtäuschen, daß es den Organen der Reichsanstalt wohl bisher im ganzen gelungen ist, formal ihre Aufgaben zu erfüllen, nicht aber die sinngemäß ihnen durch das Gesetz gestellte Aufgabe einer zweckvollen Bewirtschaftung des Arbeitsmarktes und einer Entlastung der Gemeinden, denen eigenlich durch das Gesetz die Arbeitslosenfürsorge übertragen worden sollte.

Censation im Youngplan-Ausschuss.

Alle Vorlagen angenommen.

— Berlin, 1. März.

Zu Beginn der Sitzung des Youngplan-Ausschusses des Reichstages gab Abgeordneter Dr. Brüning (Zentrum) folgende Erklärung ab:

Die Zentrumspartei hat schon früher ihre Stellungnahme mehrfach dahin ausgesprochen, daß für sie die Sanierung der Rentenfrage und damit die Sicherung unserer Finanzpolitik für die Zukunft einen integrierenden Bestandteil der zurzeit zur Entscheidung stehenden Fragen darstellt. Sie erkennt dankbar an, daß der Reichstagler in Zusammenarbeit mit dem Kabinett Schritte zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet hat. Die Zentrumspartei hofft, daß sie bis zur dritten Lesung zu einem reibenden Ergebnis führen werden. Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen kann die Zentrumspartei nicht verneinen, daß im Augenblick bei der Abstimmung der vereinigten Ausschüsse, die jetzt angelegt ist, diese Arbeiten noch nicht zu einem gesicherten Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sieht sich die Zentrumspartei genötigt, sich bei der positiven Abstimmung der Stimme zu enthalten.

Die Erklärung wurde auf der Linken mit lebhaften Hochrufen, auf der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Namens der Bayerischen Volkspartei erklärte Abg. Lecht, daß sich auch die Bayerische Volkspartei im Augenblick der Stimme enthalten.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurden dann Artikel 1 des Youngplanes mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei gegen 23 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Christlich-Nationalen bei elf Enthaltungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch der Rest des Youngplanes genehmigt. Die Liquidationsabkommen wurden mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen, da in diesem Falle Abg. Dr. Schnee (DVP.) mit der Opposition gegen die Abkommen stimmte.

Beim deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wurde mit 35 gegen 23 Stimmen ein deutsch-nationaler Änderungsantrag abgelehnt, der bei den Vorarbeiten über die Vereinbarung und Tilgung die Zustimmung des Reichstages verlangte.

Der Entschädigungsantrag.

Angenommen wurde mit 34 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag, der dem Artikel 3 der Liquidationsvorlage folgende Fassung gibt: Reichsangehörige, die durch die deutsch-polnische Hebereraktion einen unmittelbaren Vermögensnachteil erleiden, erhalten eine angemessene Entschädigung. Bei der Festsetzung der Entschädigung dürfen die Geschädigten nicht schlechter gestellt werden, als wenn die Entschädigung nach den Grundsätzen festgelegt worden wäre, nach denen der deutsch-polnische gemischte Schiedsgerichtshof oder der künftige internationale Gerichtshof im Haag die Entschädigung vorzuzugsichtlich festgelegt haben würde.

Ferner wird der Reichsregierung erwidert, den aus Polen verdrängten entschädigungsberechtigten Landwirten die Aufrechterhaltung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bis zur nächsten Ernte durch sofortige Zahlung von Vorküpfen auf die zukünftige Schlußentscheidung zu ermöglichen sowie auch den aus Polen verdrängten und entschädigungsberechtigten kleinen und mittleren Grenzrenten, insbesondere den Handwertern, Gemeinderückblenden und den kleinen Industriellen durch Kreditvermehrung auf die spätere Schlußentscheidung sowie durch Steuererleichterungen den Neuaufbau ihrer Grenzgen. die Weiterführung ihrer Betriebe in Deutschland zu ermöglichen. Damit war die Liquidationsvorlage, die alle Liquidationsabkommen, auch das deutsch-polnische, umfaßt, angenommen.

Die Folgen des Zentrumsbeschlusses.

Die Folge der Beschlüsse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei über ihre Stimmenthaltung im Ausschuss braucht natürlich, trotz der gegenteiligen Erklärung der Regierung, noch keine Kabinettskrise zu sein, da die endgültige Entscheidung erst im Plenum des Reichstages fällt. Den letzten Beschlüssen über seine Haltung wird das Zentrum zweifellos erst vor der dritten Lesung im Plenum folgen, und dieser Beschlüsse wird wiederum stark abhängen von dem weiteren Verlauf der Verhandlungen über die Finanzpolitik.

Kommt es zur Krise?

Der Kampf um das Notopfer.

— Berlin, 2. März.

Das Reichskabinett tagte beinahe in Bernau, ohne daß bisher eine Einigung hätte erzielt werden können. Der schwierige Punkt, um sich die Geister schieden, ist das sogenannte Notopfer, für das eine Mehrheit im Kabinett vorhanden ist, das aber von der DVP. nach wie vor mit allem Nachdruck abgelehnt wird. Das Notopfer ist lo, daß dadurch eine Summe von 100 Millionen ausgetaßt werden soll, und zwar von sämtlichen Beamten ohne Unterschied der Gehaltsstufe sowie von allen Selbstbedienten mit einem Jahreserwerb von über 8400 Mark. Man hat vorläufig erachtet, daß zur Aufbringung dieser Summe aus den genannten Bevölkerungsklassen eine zusätzliche Einkommensteuer, gestaffelt zwischen 1 bis 3 Prozent, erhoben werden mußte.

Anfolge des unüberwindlichen Gegenwärtigen in dieser Frage zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum einerseits und der Deutschen Volkspartei andererseits hat sich die parlamentarische Lage außerordentlich zuspitzt. Wenn nicht in letzter Minute ein Mittelweg gefunden wird — und er ist nicht zu sehen —, ist die Krise unvermeidbar.

Die Haltung der Demokraten ist nicht ganz eindeutig. Es scheint, daß sie zwar das Notopfer ablehnen, es aber nicht zur Vertrauensfrage machen. Am Freitag abend tagten noch die Reichstagspräsidenten des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Da sich der Reichstag bis zum 6. März vertagt hat, werden die Fraktionen selbst, die in dieser entscheidenden Frage gehört werden müssen, vor Anfang nächster Woche nicht zusammentreten, so daß eine Entscheidung nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten wäre.

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei.

Der schon seit längerer Zeit zur Regelung organisatorischer Fragen einberufen worden war, trat ebenfalls zusammen. Man darf aber annehmen, daß er sich auch mit der kritischen Zuspitzung der parlamentarischen Lage befaßt hat und die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion der DVP. unterstützt.

Der Reichspräsident greift ein.

Der Reichspräsident empfing zunächst den Fraktionsführer der Zentrumspartei, Dr. Brüning, und im Anschluß hieran den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz. Der Reichspräsident dürfte in seiner Unterredung mit Dr. Scholz diesem nahegelegt haben, die Deutsche Volkspartei möge angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Deutsche Reich befindet, die Nebenken gegen das Notopfer zurückstellen.

Der Reichspräsident hat bei dieser Gelegenheit lediglich seine persönliche Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß in einer solchen Zeit der Not, wie sie das deutsche Volk jetzt durchläuft, derjenige Teil der Bevölkerung, der dazu in der Lage und zur Arbeitslosigkeit gelehrt sei, den Arbeitslosen helfen müsse. Gleichzeitig wird auf die überparteiliche Stellung des Reichspräsidenten hingewiesen, der nicht daran denke, von dem bisherigen Brauch abzugehen und sich in innerparteiliche Streitigkeiten einmischen. Der Reichspräsident habe, wie schon betont, lediglich seine Auffassung als Neutralität kundzutun.

Innenminister Grzesinski zurückgetreten.

Sein Nachfolger: Prof. Dr. Weening.

— Berlin, 1. März.

Der preussische Innenminister Grzesinski ist aus Gesundheitsrückgründen zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde

Der jüngere Oberpräsident der Provinz Sachsen, Waentig, ernannt.
 Herr Grzesinski war am 6. Oktober 1928 als Nachfolger Eoveringspreußischer Minister des Innern geworden. Er war damals 47 Jahre alt. Seit 1919 ist er Mitglied des Landtags. Im Mai 1928 war er Polizeipräsident von Berlin geworden.

Die Begründung.

Die Begründung des Rücktritts Grzesinskis erfolgte in einem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten, in dem es u. a. heißt:
 „Die mir zunächst selbst nur leicht ersehene Grippe-erkrankung hat in ihrer Auswirkung doch eine erhebliche Schwächung meiner Gesundheit offenbart, welche nach dem Urteil meines Arztes nur durch eine längere Erholung und ein fortdauerndes Verbot jeglicher Arbeit wieder völlig begehren werden kann, andererseits dauernder Gesundheits-schaden mit Sicherheit zu erwarten steht. Die politische Lage des Landes und die großen, von mir in Angriff genommenen und kurz vor ihrem Abschluß stehenden Reformarbeiten erfordern jedoch eine volle Arbeitskraft, die ich im Augenblick leider nicht besitze. Es kommt auch nicht in Frage, daß ich mein Amt jetzt auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung meiner Gesundheit und vollen Arbeitskraft ohne politische Verantwortlichkeit und ohne Gebote daran wäre nicht unerträglich. Unter diesen Umständen sehe ich mich veranlaßt, von meinem Amt zurückzutreten.“

Der preußische Ministerpräsident Braun hat dieses Schreiben mit dem üblichen Dank und Bedauern zur Kenntnis genommen und in einem Schreiben betont, daß die politische Begabung und harte Energie Grzesinskis in dem von ihm geleiteten Ministerium, das politische und Verwaltungsaufgaben von gerade in dieser Zeit allerbedeutungsvollsten Art in sich vereine, sich hätten voll auswirken und damit Wertvolles für die Festlegung des republikanischen Staatswesens schaffen können.

Minister Dr. Waentig.

Der neue preußische Innenminister Dr. Heinrich Waentig wurde am 21. März 1929 in Juidau in Sachsen geboren. Nach dem Abitur studierte er, insbesondere Volkswirtschaftslehre, studierte, ließ er sich 1895 als Privatdozent in Marburg nieder, wo er 1899 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre nach Gießen berufen wurde. 1902 ging er in gleicher Eigenschaft nach Münster i. W. und 1904 nach Halle. Von 1909 bis 1914 lehrte er in Tokio, von dort kehrte er auf seinen Heimatort nach Halle zurück. Von 1914 bis 1918 war er beim Generalgouvernement in Warschau tätig. Nach dem Krieg trat er nach Halle zurück und wurde 1921 auf der Liste der SPD in den Preussischen Landtag gewählt, dem er seitdem angehört. Nach dem Rücktritt des Oberpräsidenten Höpfig wurde er Anfang August 1927 mit der Verwaltung der Stelle des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen betraut. Mitte September 1929 wurde er vom Provinzialparlament zum Oberpräsidenten gewählt. Dr. Waentig hat eine Reihe wissenschaftlicher Werke geschrieben, ist auch Herausgeber der Sammlung sozialwissenschaftlicher Werke.

Volkspartei gegen Notopfer Höhepunkt der Krise

Berlin, 3. März.

Partei Vorstand, Reichsausschuß und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei traten gestern nachmittags, 3 Uhr, im Reichstag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, nach der die folgende offizielle Erklärung abgegeben wurde:

„Die Deutsche Volkspartei ist der Auffassung, daß das Kernstück jeder Finanzreform eine Entlastung der Wirtschaft, die Wiederherstellung der Rentabilität in Landwirtschaft, Handel, Sandwert und Industrie sowie die Förderung der Kapitalbildung sein muß. Nur auf diesem Wege ist es möglich, das größte der sozialen Uebel, die Arbeitslosigkeit, wirksam zu bekämpfen und aus dem Dreimillionenheer der Erwerbslosen einen möglichst großen Teil wieder in die Wirtschaft einzugliedern.“

Neben der Entwicklung der Finanz- und Kassenlage des Reiches, die von allen Seiten als notwendig erkannte Senkung der direkten Steuern für das Jahr 1930 unumgänglich gemacht hat, muß die gezielte Festlegung einer solchen Senkung für das Jahr 1931 gefordert werden. Unverzüglich hiermit wäre eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel, unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Das sogenannte Notopfer würde außerdem den Willen zur Reform auf der Ausgangsseite des Reichshaushalts im Kreise ersticken.“

Im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt für 1930 müssen daher folgende Maßnahmen getroffen werden: Gezielte Senkung der Ausgabenentlastung im Reich, Vändern

Des Fremdes Schuld und Sühne. Original-Roman von Ludwig Berger.

„So mache heute einmal eine Ausnahme. Der Herr Oberförster wird es dir nicht verübeln, wenn ich ihm nachher den Grund erkläre. — Du mußt mich zu Ende anhören, denn ich habe dir noch etwas überaus Wichtiges mitzutellen, etwas, das dich und mein Schicksal angeht. — Also, nur Geduld! — Als das geliebte Wesen mein Weib geworden war, da lag ich dem Himmel offen. Doch auch das Glück der Blüthenzeit verdohte mein Gewissen nicht zu beruhigen, und die Schuld nach der Heimat zu mindern. Täglich wünschte ich mir Flügel, um über Berg und Tal, über das weite Meer, zu den Weinen fliegen zu können. — Persönlich wollte ich es ihnen und dir, Wilhelm, ja doch sagen, was der Himmel an mir getan hatte. — Allein die Wunde an der Schulter brach von neuem auf und hielt mich immer noch zurück, bis jetzt. Nun aber bin ich bei dir, und morgen will ich vor die Eltern hintreten. Du sollst mich begleiten. Der Oberförster muß dich auf ein paar Tage beurlauben. — Ich glaube, er tut es herzlich gerne, wenn ich ihm andeute, daß für ihn die Möglichkeit besteht, dich auf anständige Art los zu werden. — Doch davon nachher!“

„Und was ist es, was mich und Gretchen besonders angeht? — Sparte mich nicht auf die Forderungen, Otto. — Sprich, sprich! — Ich komme sonst noch um Sinn und Verstand!“

„Nun denn, du hörst das überaus Wichtigste und Bedeutende: Du entfindest dich, daß ich den Vetter Karl niemals ausfahren konnte, weil ich immer die letzten Augenblicke des Lebens bei ihm verleben wollte. Dafür habe ich jetzt die volle Bestätigung. Dieser Erbarmliche, der unsern Namen trägt, ist nicht wert, daß ihn die Sonne bescheint und daß niemals der Gatte meiner Schwester sterbe. — Du, man feint ihn dort bleiben in Sidafrika nur zu genau. Doch ich seine Spuren entdecken sollte, ist abermals eine Rianua des

und Gemeinden, insbesondere auch durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung, unter Vermeidung jeder weiteren Erhöhung von direkten Steuern, gezielte Festlegung einer Senkung dieser Steuern vom Beginn des nächsten Haushaltsjahres ab. Die entsprechenden Beschlüsse würden einstimmig gefaßt.“

Nach diesen Beschlüssen wird die Situation im Reichstag als außerordentlich ernst angesehen, weil man der demokratischen Vermittlung mit viel Skeptizismus entgegensteht. Man hält es allerdings für möglich, daß das Kabinett die Entscheidung hinausführt nach Zeit zu gewinnen. Es würde sich dann darum handeln, die Deutsche Volkspartei oder das Zentrum zu einem Kompromiß zu bewegen. Bei einem Scheitern dieser Bemühungen steht es fest, daß die völkerechtlichen Minister zurücktreten, wenn die Mehrheit für den Young-Plan stimmt. Dies würde die Gesamtdemission nach sich ziehen. Es blieb dann noch die Möglichkeit übrig, ein geschäftsführendes Kabinett zu bilden, das die Abstimmungen im Reichstag durchzuführen läßt, aber aber ein Kabinett der Weimarer Koalition mit Einfluß der Bayerischen Volkspartei, was natürlich nur von kurzer Dauer sein könnte. Entscheidend wird zweifellos die Stimme des Reichspräsidenten sein, die jedoch erst dann in Erwägung treten wird, wenn sämtliche andere Möglichkeiten ausgeschöpft sind.



Minister Grzesinski zurückgetreten.

Der preußische Minister des Innern, Grzesinski, ist von seinem Amt zurückgetreten.



Der neue Minister des Innern.

Als Nachfolger des zurückgetretenen Ministers Grzesinski ist der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Waentig, der ebenfalls gleichzeitig der sozialdemokratischen Partei angehört, ernannt worden.

Die Beschlüsse der Demokraten

Die Fraktion der Demokraten hielt ebenfalls eine Sitzung ab, in der eine längere Entscheidung gefaßt wurde. Gefordert wird die baldige Abstimmung über den Young-Plan. Das Defizit im Haushalt soll durch Erparnisse verringert werden. Die Fraktion behält sich entsprechende Anträge zur Staatshausberatung vor und wird insbesondere die Reform der Arbeitslosenversicherung verlangen. Eine Erhöhung der Löhne sei unabwiesbar. Gegenüber dem Programm des Finanzministers seien keine grundsätzlichen Bedenken zu erheben. Erhöhungen der direkten Steuern dürften nicht erfolgen. Bezüglich des Notopfers teilen die Demokraten die Bedenken, doch würden sie den unangehenden Ernst der Lage und stellen sich dem Boden der Notwendigkeit an. Die sozialistischen Reichstagsfraktionen seien jedoch unter allen Umständen im Jahre 1931 zu erstatten und dies bereits jetzt einmütig festzusetzen.

Die Goldbestände der Welt.

Rund 50 Milliarden.

von Berlin, 1. März.

Im zweiten Halbjahr 1929 haben die monetären Goldbestände der Welt erneut erheblich zugenommen; sie stellen sich nach den bisherigen Feststellungen Ende Dezember auf mehr als 49,1 Milliarden Mark gegen knapp 48,1 Milliarden Mark am 30. Juni. Diese Zunahme von nahezu 1,1 Milliarden Mark übertrifft die des ersten Halbjahres um mehr als das Dreifache und ging über den Ertrag, den die Goldproduktion der Welt im gleichen Zeitraum erzielt haben dürfte, um 210 bis 220 Millionen hinaus. Dieser Ueberschuß erklärt sich größtenteils aus dem Anwachsen des Goldbestandes der russischen Staatsbank. Die Reserven dieser Notenbank erhöht sich um 226 Millionen Mark.

Weiterhin ist jedoch der Zuwachs der sonstigen erfaßbaren Goldbestände in Betracht zu ziehen; die indischen Goldbestände bei merklich abnehmender Sortierungstätigkeit um knapp 100 Millionen Mark. Außerdem des erfaßbaren Goldbestandes dürfte demgegenüber China im Jahre 1929 mehr Gold als in den früheren Jahren an sich gezogen haben; dieser zusätzliche Goldbestand steht in engem Zusammenhang mit dem andauernden Übergang der Silberpreise, der den Bestand der chinesischen Silberverahrung gefährdete.

Ob er's schaffen wird?

Um die Bildung des Kabinetts Tardieu.

von Paris, 2. März.

Aus den Besprechungen, die Tardieu mit den politischen Führern der verschiedenen Gruppen von Kammer und Senat hält, läßt sich ungefähr die Zusammenlegung des kommenden Kabinetts erkennen. Wenn auch die Radikalsozialisten immer wieder ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Kabinett betonen haben, dessen Führer Tardieu ist, so scheint doch der rechte Flügel dieser Gruppe einer derartigen Kombination nicht so feindselig gegenüberzutreten und einem zukünftigen Kabinett seine Unterstützung zuzugewinnen zu wollen.

Die neue Regierung wird zum mindesten auf dem Papier das geistliche sein. Ob dann schon die amtliche Hilfe bekommen wird, ist unklar. So viel scheint doch festzustellen zu können, daß sowohl Briand als Außenminister als auch Maginot als Kriegsminister ihre alten Posten beibehalten werden. Für das Finanzministerium rechnet man mit dem bisherigen Postminister Germain Martin, während Petri das Kolonialministerium wieder übernehmen soll.

Die erweiterte Grundlage des Kabinetts geht schon daraus hervor, daß man sehr viel von Paul Reynaud und Franklin Bouillon als zukünftigen Ministern spricht.

Leipziger Waffenraub aufgeklärt.

Wie Sonntagmittag ist es der Kriminalpolizei gelungen, in einem Leipziger Geschloßen 217 Gewehre sowie die 39 Maschinengewehre herbeizuschaffen. Auch die Maschinenrevolver konnten bis auf das schwere und zwei leichte aufgefunden und sichergestellt werden. Die Waffen waren an verschiedenen Stellen der Stadt und ihrer Umgebung versteckt. Es sind bereits eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden. Nähere Mitteilungen können jedoch im Interesse der Untersuchung, die ununterbrochen fortgesetzt wird, noch nicht gemacht werden.

Verdächtigt sicher nicht zu Jözer Wetterich. Dieser Herr heißt Lord George Wilsley. — Ich befricht das mit aller Entschiedenheit und erkläre, auf meinen Eid nehmen zu können, daß es sich um Karl Normann handelt. Hügte auch gleich hinzu, daß der zwar kein Verwandter, doch mit im übrigen höchst unpassend sei. — Da lagte der zweite Begleiter, ein deutscher Arzt namens Rothe. — Für ausgesprochen habe ich das nicht. Habe immer die Uebersetzung gehabt, daß Wilsley kein waldischer Engländer war. Er wedelte seinen Namen häufiger. — Vielleicht könnten Sie ein gutes Wort tun, wenn Sie der bishigen Polizei seinen jetzigen Aufenthalt verrätten. — In Johannesburg lebt sein am meisten betrogenes Weib mit einem Schächler in recht bedrückten Verhältnissen und ist der Meinung, der Gatte weile schon seit Jahr und Tag nicht mehr unter den Lebenden. Er mußte vor der Mut und Erbitterung der Leute, die er um ihre Gabe gebracht, bei Nacht und Nebel fliehen, dachte aber nicht daran, seine Familie zuvor wenigstens läßt zu stellen. Wo er sich jetzt aufhält, weiß niemand hier zu Lande. — An der Wichtigkeit dieser Angaben zweifelte ich nicht einen Augenblick. Freuden hielt ich es kaum für ratsam, mich mit der Polizei in Verbindung zu legen, denn der schlaue Fuchs würde, so meinte ich, dem Gern ganz bestimmt entgehen. Selber wollte ich ihn entlarven. — Doktor Rothe kannte meine Gattin als deren früherer Hausarzt sehr wohl. Er machte mich mit der Beobachtungswerten noch an demselben Tag bekannt und ich wußte mir ein Bild zu verschaffen, auf dem das Ehepaar Wilsley gleich selber sehen wird. — Er sog seine Briefschilde hervor und entnahm ihr eine Photographie, die er Wilhelm vor die Augen hielt.

„Bei Gott, das ist Karl!“ rief er entsetzt aus. „D, dieser Nichtswürdige! — Verheiratet ist er, und Gretchen wurde seine Frau. — Wer sollte so Ueberbües für möglich halten.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 3. März 1930.

Esp. Der März im Volksmund. Es ist beinahe als sicher anzunehmen, daß auch der Monat März in diesem Jahre anders sein wird als sonst. Die Jahre, die Januar bis Februar gegeben haben, scheinen die Vermutung nahelegen. Was mir der Volksmund dazu sagen, die im allgemeinen ein günstiges Urteil hat und für ungenüßliche Witterungsverhältnisse nur wenig Verfaßnis zeigt? Schneiden soll es nach der Meinung von erfahrenen Zeitkennern im März nicht mehr, denn Märzschnee nur Frucht und Weinstock weh? Auch fecht darf es nicht sein, wenn der Landwirt auf seine Kosten kommen soll? Feuchter lauter März ist des Bauern Schmerz? Da gegen gilt im allgemeinen die Trockenheit als erminlich. Darauf weisen die folgenden Bauernregeln: Märzpflanz bringt Gras und Laub. — Ein bot Märzhand ist ein Rufaten wert. — Märzschnee, Aprilschnee, Maienschnee, das sind drei gute Sachen. Von besonderer Bedeutung sind der 19. 21. und 27. März. Der 19. ist der Johestag, von dem es heißt: „Als am Johestag tar, so folgt ein fruchtbares Jahr“. Der 21. der Tag des Frühlingsanfangs, ist dem Benedictus gemeint. Im diese Zeit soll man Hafet, Gerste, Erbsen und Zwiebeln säen. Vom Rumpertage, der auf den 27. März fällt, gilt das Wort: „Rumpert man die Bäume rauen muß“.

Am Sonntag nachmittag überloß das Metall Luftschiff der Tramv.-Scholofalwerke unrer Stadt. Zum Leidwesen unrer Jugend blieb aber der „jüße“ Regen in Form von Roftröben aus dem Luftschiff aus.

Kafau. (Vorrich an der Kreisfage.) Geiern nachmittag geriet der Landwirt Otto Wolter von hier mit seiner rechten Hand in die elektrif betriebene Kreisfage und verlegte sich so schwer dabei, daß er sofort in das Krankenhaus nach Dessau übergeführt werden mußte.

Jeder vierde Deutsche hat ein Spardbuch. Die Spar-einlagen bei den deutschen öffentlichen Sparafassen liegen im letzten Jahre von 7 auf 9 Milliarden. Die Spareinlagen pro Kopf der Bevölkerung erhöhten sich von 134,30 auf 141,72 Mark, die Zahl der Spareren im Reich von 13 Millionen auf etwa 15 Millionen. Hiermit hat cada etwa jeder 4 Deutsche wieder ein Spardbuch bei einer öffentlichen Sparafasse.

200 Jahre Kufufduhr. Nach der Aufzeichnung einer alten Schwurgerichter Chronik hat der Uhrmacher Franz Anton Ketterer in Schömmald in Jahre 1730 die erste Kufufduhr hergestellt, eine für damalige Zeit grotzartige Erfindung. Von dem kleinen Schwarzwalddorf Schömmald hat die Kufufduhr ihren Siegeszug durch die ganze Welt angetreten.

Magdeburg. Mit 1800 Mark gefüßet. Nach Unterfuchung von 1800 Mark ist der bei der Europa-Schreibmafchinen-W.G. Büro Magdeburg, befähigt gemeinliche Note Walter Walfner flüchtig. M. hatte den Auftrag, den genannten Betrag von eine Magdeburger Bank anzufuchen. In dem aber nicht wieder zu seinem Arbeitgeber zurückgefchert.

Neudorf. Kinder spielen nicht mit Kardi! Ein Dummergenfchick hat hier wieder einmal ein Opfer gefordert. Einige Jungen im Alter von etwa zehn Jahren vergnügten sich an der Afsenabstelle damit, alte Pfeifen aus dem Schutts und Afsenmafchen herauszufuchen, sie mit Kardi und Waffer zu füllen und sie dann erpöten zu lassen. Eine Pfafte wurde gefüßt, ehe jedoch die Kinderfchar sich in Sicherheit bringen konnte, erpötierte die Pfafte, und der jüßrige Sohn des Arbeiters Naumann trug dadurch erhebliche Verletzungen im Gesicht davon.

Gericht. „Darf ich um die Geldfasse bitten?“ Bei Ladungsfchick betrat die 19 Jahre alte Arbeiterin Friß A. und Eriß S. den Laden einer Kolonialwarenhandlung und Ffichseln in der Herwartpflafte und verlangten Jügarzeiten. Dabei letzte A. mit den Worten: „Darf ich um die Geldfasse bitten?“ dem Ladenhabet eine Pfafte auf die Bruß. Durch die Hilfe der Ehefrau wurden die jugendlichen Räuber zur Ffucht veranlaßt. A. wurde von einer begehren Jüfifperson sofort verolgt und festgenommen. Auch die Ffchnahme des Eriß S. konnte am nächsten Morgen durch die Kriminalpolitie erfolgen.

Naumburg. Die Kufufduhr in der Grotze. In gefchlößener Eifung sprach das Schöffengericht den Wirtfchaftsgefchiffen Rudolf Schellhorn aus Vernecht von der Anlage der W 3 f u h 4 frei. Die Ffuchverhaftungsfchick, die Landwirtfchofeten Wolfgang Eiferer aus Gerfchick, zog nach Verlafen des Gerichtsgebüdes einen Revolver hervor und feuerte ihn auf Schellhorn ab. Der Schuß drang jedoch nur in den Oberfchiff Schellhorns. Frau Stüßer ist nach vieler Tat ins Gerichtsgefängnis gebracht worden, während der Verlefte im Krankenhaus Aufnahme fand.

Staffel. Keine Sensationsgefufte mehr an dem Friedhof. Gegen Neugier bei Beerdigungen mußte der Friedhofsfchick der Stadt besondere Maßnahmen ergreifen, da die Trauerfeierlichkeiten in letzter Zeit durch Neugierige empfindlich gefüßt wurden. Die Aufsichtspersonen lassen künftig bei Trauerfällen nur folche Personen zu, die Teilnehmer am Trauertaf sind oder nachweislich der Größpflege nachgehen.

Gonneberg. Ein Splitter war sein Tod. In Weifenbrunn fand der Landwirtfchaftsgefchiffe Heinrich Walter, der auf einem hiesigen Gutshof wohnt, einen traglichen Tod. Auf einer glatten Stufe des Weges rutschte er aus, fiel hin und zog sich eine Verletzung und eine unbedeutende Verletzung eines Daumens zu. Einige kleine Holzsplitter drangen ins Ffleich ein. Nach deren Entfernung trat Wundstarrkrampf ein, der den Tod des jungen Weifen zur Folge hatte.

Schwerin. Der medienbürgische Größherzog zum Konfurs der „Medienbüriger Nachrichten“. Zu dem Ffingebot der großherzoglichen Vermögensverwaltung bei der Ffuchverficherung des Gebäudes und der Drucker der früheren Kommunitgefchiffchaft Dieckhoff Co., Schwerin, des Verlafes der früheren deutschlandfationalen Tageszeitung „Medienbüriger Nachrichten“ geht dem „Rostocker Anzeiger“ eine berichtigende Erklärung der großherzoglichen Vermögensverwaltung zu, wonach das Gebot in der Zwangsverficherung aus reinen verwaltungsgefchifflichen Maßnahmen zu erklären ist, da die großherzogliche Vermögensverwaltung finanziell ein Unternehmen interessiert ist. Nichts läge ferter, als die ausgefprochene Anmaßung, daß der Größherzog beabsichtigt, ein neues Setzungsunternehmen zu grüben.

Eienach. Ein verfchwiegener Selbstmordversuch. Viel Aufsehen erregte unter der Bevölkerung Eienachs die Mitteilung, daß sich vor etwa 2 Jahren im Gefchäftszimmer des Polizeidirektors Schuppert eine 28jährige Frau mit hellen Dienstrock in den Leib gefchossen hatte und daß dieser Vorgang der Oeffentlichkeit bisher verfchwiegen wurde. Selbst dem Oberbürgermeister, dem Chef der Polizeiverwaltung, ist keine Verordentlichkeit niedergelegt. Von der Ffite der SPD rief St. Vöter nach. Dieser wird von Bürgermeifter Diege durch Handfchlag verpflichtet. St. V. Urdley begriff die neuen Magiftratsmitglieder und St. Vöter und hofft auf ein gefchiffliches Zusammenarbeiten zum Wohle der Stadt.

3. Verwaltungsfchick auf 1929. Bürgermeifter Diege erstattet in ausführlicher Weise den Bericht (Wir werden denselben demnächst vollständig in unrer Zeitung veröffentlichen).

4. Genehmigung der letzten Niederschick. Diese erfolgt ohne Einwendungen.

5. Nichtfprechung der Elektrizitätsverrechnung 1929 bis 1929. Die Rechnung ist von den St. Schulze und Quinque gefprüft. Sie weist eine Einnahme von 53564,86 M. und eine Ausgabe von 47263,92 M. auf, mithin einen Befand von 6294 M. St. Schulze fragt an wie hoch sich die Rücklagen belaufen und welcher Stromverluft jezt nach der Verfarfung noch vorhanden ist. Bürgermeifter Diege erklärt, daß der Stromverluft noch recht erheblich ist, wenn er auch gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen ist. Sen. Nifpfake erwidert, daß der Stromverluft mit der Ausdehnung des Reges zunimmt. Im vorigen Jahre waren 27% Stromverluft, dieser aber noch zu hoch Teilweise ist im Drißnetz noch Rotesmaterial enthalten. Bei der Ffaherprüfung ist nicht die Stromverluft festgefefelt. Der Stromverluft wird durch die Verfarfung des Reges herabgemindert, jedoch wird man den Bau eines zweiten Transformatorrethauses in Auge behalten müssen. St. Quinque bemerkt, daß an Rücklagen 24000 M. vorhanden seien. Er wünscht deshalb, daß der Lichtfropreis um 10 Pf. je Kilowatt ermäßigt wird. Außerdem bemängelt er bei einer Rechnung über Pfafterarbeiten die Zahlung eines Betrages von 36 M., zu deren Forderung der Unternehmer nicht berechtigt ist. Weiterhin beantragt er die Anbringung einer weiteren Strafenlampe in der Schmiedeberger StraÙe. Bürgermeifter Diege warnt vor einer Ermäßigung der Lichtpreife. Das vorhandene Geld muß für die beabsichtigte Verfarfung umgebraucht. Außerdem sei der Preis von 45 Pf. noch Vortiefpreis. Die Anbringung einer Strafenlampe sei noch etwas zurückgefchick, da wahrscheinlich noch mehr gebaut wird. Die Lampe wird dann mit angebracht. St. Görtner hilt eine Ermäßigung um 5 Pf. für durchführbar. St. Urdley stellt fest, daß nach der Rechnung eine Ermäßigung auf 42 Pf. möglich wäre. Für eine Ermäßigung tritt ebenfalls St. Nifchter ein. Die sich lange ausdehnende Ausfprache wird durch einen von den St. Kneke und Knaf gestellten Antrag auf Schluß der Debatte beendet, da nach der Nichtfprechung der Rechnung in Frage kommt. Vor Ermäßigung der Strompreise soll aber das Reg weiter ausgebaut werden.

6. Wahl von Brütern für die Rämmerrechnung 1929/30. Genächst werden die St. Käfel, Nifchter und Helfer.

7. Rathausausbaurberufung. St. Knaf erklärt, daß er sich mit der Vorlage noch nicht befähigt hat, da er die Plafte zu spät bekommen habe. Es liegt ein Vorfchlag vor, den Einbau einer biologischen Kläranlage zu machen. Durch diese Anlage würde wohl der Geruch beseitigt, aber nicht die Abwässer, diese würden sogar noch größer, da für den Betrieb der Anlage größere Wassermengen notwendig seien. Die Anlage würde außerdem sehr teuer. St. Kneke schlägt vor, eine Zickröhre zu bauen, durch die die Abwässer mit dem Grundwasser abfließen. Eine rege Ausfprache entpinn sich über die Gefahren einer Zickröhre durch Verfung der umliegenden Brunnens. Es wird aber auch angeregt, die Wafferfüllung nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Abgeordneter Kolbe und St. Nifchter haben sich eine Zickröhre in Radis angefehen. Die Nachteile für die Anlieger nicht hat. Weiterhin wird auch noch das Regen von Röhren erwogen, allerdings mit damit der Nebelfand von Rathaus meg an eine andere Stelle geleitet. Die Verammlung ist für Verfertigung des Maßstabes, gibt aber die Vorlage noch einmal an den Straßenbauausfchick zurück.

Mefß-Sonntag in Leipzig

Grotzer Andrang der Schaustufigen. — Gute Hoffnungen für Gefchick.

Das am Mefß-Sonntag das Schaufpublikum und die Besucher aus der weiteren Umgegend Leipzigs, die hier nur auf einen Tag zu machen, ist sich, wie schon oben erwähnt, in ein Urteil darüber, wie sich der gefchiffliche Wert entwideln wird, noch nicht niedigt. Auf der Tertilmesse, die am leichten auf jede Nuance der Konjunktur reagiert, letzte der Verlefte anfängs nur leuchtig ein, um dann gegen Mittag fräftig aufzuhöhen. Damit begannen auch die gefchifflichen Verhandlungen an den Messtafden. Anpreisende Redereien liefelten vielfach das Interesse, das sich vornehmlich auf eine ganz neue Art von Rufeifche konzentrierte, die logar die Kochtemperatur ausfäßt und bei damit die bekannten Nachteile der Rufeifche nicht mehr anhaften. Aparte Redereien in Gebrauchsporzellan und in Spielwaren mittlerer Preisklage und ebenloflichen Kufufstücken führten in den Messtafden der Mitttag schon zu bemerkenswerten Umsätzen. Das Ffingebot der erfahrenen Messtafte am Sonntag noch wenig in die Erdeöffnung und pflegt sich erst am Montag und Dienstag ernsthaft zu orientieren. Gut beacht war die beträchtlich erweiterte Möbelmesse und auch die Buga-Nachfchneifmesse. Mit einer Büchermesse in beträchtlichem Umfang hat man wieder einen Versuch gemacht.

Seht gut und mindereffen ebenlof zahlreich wie im Vorjahr war der Besuch der Messtafte in Leipzig. In der grotzen Halle der Bergschiffingen herrschte zeitweise ebenfalls wie auf der Baumeffe und in den Säulen der Elekfortechnik ein gewaltiger Andrang, wobei natürlich gefchiffliche Verhandlungen kaum möglich waren. Andererseits läßt dieser Andrang erkennen, wie lebhaft die fachlich an Maschinen und Motoren interessierten Besucher alle technischen Fortschritte verfolgen. Der Montag wird, wenn das Schaufpublikum zu seinem Ruffen gekommen ist, vermögend dem ernsthaften Gefchick zuebnen sein, dessen Anfänge am Sonntag bereits zu allerhand Hoffnungen berechtigen.

Die völkerverbindende Aoft der Messe kommt in den Besuch von mehr als 900 ausländifchen und inländifchen Vertretern der Tages- und Fachpresse marfamt zum Ausdruck, die sich am Sonntagvormittag bei einem Ffrikfchick vereinigen. Der Vorstand des Mesfkomites, Dr. Reimund Köhler, betonte bei dieser Gelegenheif, daß trotz der etwas geringeren Zahl der Ausfeller sich die Ansteltungsfafte vergrößert habe. Die vorjährige Zahl der 30 000 ausländifchen Einfäufer werde in diesem Jahre ebenfalls noch überschritten.

Wie schütze ich mich gegen Grippe?

Wieder einmal geht die Grippe im Lande um, die Menschen an Gesundheit und Leben bedrohend. Wenngleich sie von vielen Leuten ja leicht genommen wird, häßlich ihr doch immer etwas Unheimliches an; dafür sorgen allein schon die Wassenerkrankungen. Mütter vor allen Dingen fürchten sie mit vollem Grunde.

Stillos küßt sich der Mensch in der Regel dieser äfien Krankheit gegenüber, trotzdem ihm die Natur vor Jahrtausenden schon das Mittel gegen die von ihr selbst gefchaffene Geifel in die Hand gab in Gestalt des Honigs. Aber Honig allein ist für immer wider in zuwenigjähriger Praxis als das beste Mittel erwiesen, und erß die Wissenschaft unrer Tage konnte diese Tatsache wieder aufs Neue befestigen.

Schon zur Vorbeugung ist es besser, morgens den Mund mit etwas Honig zu desinfizieren, anstatt seine Zuflucht zu scharfen Mitteln zu nehmen, wie etwa übermanganfaurem Kali, das vor 10 Jahre lo warm empfohlen wurde.

Und gar zur Heilung der Krankheit! Was könnte es Bessere geben? Warme Milch mit Honig oder auch die verschiedenen Kräutertees mit Honig! Mitrogenfchick haben wir gleichzeitig Heil- und Kräftigungsmittel in einem bekommen wie im Honig Gerade in Verbindung mit Kräutertee ist seine Wirkung eine recht verfehrdetartige. Einmal tut er im Falle gut, indem er den Schleim löst und die Eräftigung mildert, die mit der Grippe ja meist zusammen kommt. Außerdem oder wirkt er in dieser Verbindung fchweifertreibend, was besonders wichtig ist. Ueberdies aber ist er als hochwertiges und leichtverdauliches Nahrungsmittel nach das Beste, was man dem Kranken geben kann. Auch in Verbindung mit Zitronensaft wirkt er ausgezeichn.

Oeffentlich Sifung der Stadtverordneten am 1. März 1930.

Anwesend sind 12 Stadtverordnete. Am Magiftratschiff Bürgermeifter Diege und die 4 wieder-bezug neugeblichen Senatoren.

1. Einführung des Magiftrats. Bürgermeifter Diege führte die Magiftratsmitglieder mit folgenden Worten ein und verpflichtete sie für ihr Amt und auf die Reichsverfassung: „Meine Herren, ich habe die Ehre den neuen Magiftrat einzuführen. Ich tue das besonders gerne, weil ich in ihm Männer begrüßen darf, die sich längst bemüht haben im Dienste der Stadtverwaltung oder sonst in Dienste der Allgemefine. Die Zeiten find ernft für die Städte und ihre Bürger. Es will nicht recht vorwärts gehen. Reiner ist zurüden. Das darf uns aber nicht entmutigen. Eine Stadt darf nicht stillfchicken. Steifanden ist Rückgang. Darum lassen sie uns fleißig bauen für die Zukunft.“

Unter Ziel soll sein, heute und immer, den Bürgern zu helfen, mo es nötig ist und mo wir nur können. In diesem Sinne, meine Herren, verpflichte ich sie für ihre Aemter und zugleich auf die Deutsche Reichsverfassung durch Handfchlag an Gottesfate.“

2. Einführung des Stadtverordneten Karl Vöter. St. Nifpfake hat infolge seiner Dabst zum Senator sein Stadtverordentlichkeit niedergelegt. Von der Ffite der SPD rief St. Vöter nach. Dieser wird von Bürgermeifter Diege durch Handfchlag verpflichtet. St. V. Urdley begriff die neuen Magiftratsmitglieder und St. Vöter und hofft auf ein gefchiffliches Zusammenarbeiten zum Wohle der Stadt.

3. Verwaltungsfchick auf 1929. Bürgermeifter Diege erstattet in ausführlicher Weise den Bericht (Wir werden denselben demnächst vollständig in unrer Zeitung veröffentlichen).

4. Genehmigung der letzten Niederschick. Diese erfolgt ohne Einwendungen.

5. Nichtfprechung der Elektrizitätsverrechnung 1929 bis 1929. Die Rechnung ist von den St. Schulze und Quinque gefprüft. Sie weist eine Einnahme von 53564,86 M. und eine Ausgabe von 47263,92 M. auf, mithin einen Befand von 6294 M. St. Schulze fragt an wie hoch sich die Rücklagen belaufen und welcher Stromverluft jezt nach der Verfarfung noch vorhanden ist. Bürgermeifter Diege erklärt, daß der Stromverluft noch recht erheblich ist, wenn er auch gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen ist. Sen. Nifpfake erwidert, daß der Stromverluft mit der Ausdehnung des Reges zunimmt. Im vorigen Jahre waren 27% Stromverluft, dieser aber noch zu hoch Teilweise ist im Drißnetz noch Rotesmaterial enthalten. Bei der Ffaherprüfung ist nicht die Stromverluft festgefefelt. Der Stromverluft wird durch die Verfarfung des Reges herabgemindert, jedoch wird man den Bau eines zweiten Transformatorrethauses in Auge behalten müssen. St. Quinque bemerkt, daß an Rücklagen 24000 M. vorhanden seien. Er wünscht deshalb, daß der Lichtfropreis um 10 Pf. je Kilowatt ermäßigt wird. Außerdem bemängelt er bei einer Rechnung über Pfafterarbeiten die Zahlung eines Betrages von 36 M., zu deren Forderung der Unternehmer nicht berechtigt ist. Weiterhin beantragt er die Anbringung einer weiteren Strafenlampe in der Schmiedeberger StraÙe. Bürgermeifter Diege warnt vor einer Ermäßigung der Lichtpreife. Das vorhandene Geld muß für die beabsichtigte Verfarfung umgebraucht. Außerdem sei der Preis von 45 Pf. noch Vortiefpreis. Die Anbringung einer Strafenlampe sei noch etwas zurückgefchick, da wahrscheinlich noch mehr gebaut wird. Die Lampe wird dann mit angebracht. St. Görtner hilt eine Ermäßigung um 5 Pf. für durchführbar. St. Urdley stellt fest, daß nach der Rechnung eine Ermäßigung auf 42 Pf. möglich wäre. Für eine Ermäßigung tritt ebenfalls St. Nifchter ein. Die sich lange ausdehnende Ausfprache wird durch einen von den St. Kneke und Knaf gestellten Antrag auf Schluß der Debatte beendet, da nach der Nichtfprechung der Rechnung in Frage kommt. Vor Ermäßigung der Strompreise soll aber das Reg weiter ausgebaut werden.

6. Wahl von Brütern für die Rämmerrechnung 1929/30. Genächst werden die St. Käfel, Nifchter und Helfer.

7. Rathausausbaurberufung. St. Knaf erklärt, daß er sich mit der Vorlage noch nicht befähigt hat, da er die Plafte zu spät bekommen habe. Es liegt ein Vorfchlag vor, den Einbau einer biologischen Kläranlage zu machen. Durch diese Anlage würde wohl der Geruch beseitigt, aber nicht die Abwässer, diese würden sogar noch größer, da für den Betrieb der Anlage größere Wassermengen notwendig seien. Die Anlage würde außerdem sehr teuer. St. Kneke schlägt vor, eine Zickröhre zu bauen, durch die die Abwässer mit dem Grundwasser abfließen. Eine rege Ausfprache entpinn sich über die Gefahren einer Zickröhre durch Verfung der umliegenden Brunnens. Es wird aber auch angeregt, die Wafferfüllung nicht mehr in Betrieb zu nehmen. Abgeordneter Kolbe und St. Nifchter haben sich eine Zickröhre in Radis angefehen. Die Nachteile für die Anlieger nicht hat. Weiterhin wird auch noch das Regen von Röhren erwogen, allerdings mit damit der Nebelfand von Rathaus meg an eine andere Stelle geleitet. Die Verammlung ist für Verfertigung des Maßstabes, gibt aber die Vorlage noch einmal an den Straßenbauausfchick zurück.

8. Einführung der Strafenlampe. a) Der Ffiegermeifter A. Nachman hat den Antrag gestellt, ihm eine Entfchickung zu genehren, da er mit seinem Neubau zurückgegangen sei, damit die Leipziger StraÙe an dieser Stelle breiter wird. Der Magiftrat schlägt als Entfchickung pro qm 3 Rm. vor. Die Verammlung stimmt zu. b) von den Anliegern des Wittenberger Neumarktes ist beantragt, ihnen für die Herabgabe von Land eine Entfchickung zu genehren. Der Magiftrat schlägt vor, pro qm 1 Rm. zu genehren. Die Verammlung stimmt dem zu.

9. Pflanzung in der DöferftraÙe. Der Magiftrat schlägt vor, in der DöferftraÙe Niddornbäume zu pflanzen. St. Knaf ist an und für sich für die Anpflanzung, bittet aber, damit zu warten, bis die DöferftraÙe einmal gepflastert wird. Die Verammlung stimmt diesem Vorfchlage zu.

10. Beimatfest. Der Magiftrat bittet um die Zustimmung der Verammlung, das Beimatfest Pfingften abzuhalten und die Wahl von 4 Stadtverordneten in den Ausfchick. St. Knaf befürwortet den Antrag. St. Hamann äußert seine Ansicht dahin, daß das Herausfchicken der Einladungen bereits erfolgt sein müßte, dem aber Bürgermeifter Diege miderpricht. St. Nifchter fragt nach der Finanzierung des Festes; ihm antwortet Bürgermeifter Diege, daß für die Stadt keine Ausgaben in Frage kämen. Die Verammlung wählt in den Ausfchick die St. Knaf, Hamann und Urdley.

Schluß folgt.

Dienstag abends 8 Uhr im Bürgeraal Babelstunde

Brediger Wefermann-Wittenberg. Hierzu wird herzlich eingeladen.

Zur Konfirmation

empfehle

Kleiderstoffe

in modernen Stoffen und Farben

fertige Kleider

in schwarz und farbig

Konfirmanten-Anzüge

Alles in bekannt reichhaltiger Auswahl



Wilhelm Weydanz

Magnet

das Zeichen für billig und gut

Prima junges fettes
Sammel- und Rindfleisch
frische Flecke
empfehlen

R. Krausemann Nachf.
Inh. Heinrich Schneider

Butterbrotpapier

in Rollen

empfehlen **Richard Arnold**

Saarausfall!

Saarfrankheiten, Schuppen werden verhütet; dünnes Haar wird voller durch regelmäßigen Gebrauch von **Armbachs weltberühmter Saartintur**.

Seit 39 Jahren tausendfach bewährt. Jetztlich empfohlen, gel. geschügt. Preis 3.— Zu haben im **Zeitungsgeschäft Walter Motawick**

6 Morgen Wiese

in der Gemarkung Kunzow (Nähe Gabis) gelegen, zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.



Eine schwere neumilchende

Leinekuh

sieht preiswert zum Verkauf **Richard Müller, Mittelstraße 8**

Eine junge tragende Leinekuh

verkauft **Serm. Dietrich, Weinbergstr. 22**

Einige Zentner

gutes Heu

sind abzugeben **Leipzigstraße 63**

Futterschwein

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Empfehle **Dienstag** von 2 Uhr

frische **Schaum-, Fasten-, Mohr- und Kümmel-Brezeln**

so wie täglich frisches **Kaffee- und Tee-Gebäck**
O. Herrmann, Bäcker

Morgen Dienstag

frische grüne Heringe und Schellfisch

so wie frische **Häncherwaren**
empfehlen **Emma Reinecke**

Frühen Schellfisch
grüne Heringe

empfehlen zum billigsten Tagespreis **Paul Mierzichte, Burgstraße**

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedigen Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Der geehrten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zur gef. Nachricht, daß ich meine

Schuhmacherei

nach **Leipziger Straße 34** verlegt habe. Es wird auch hier mein Bestreben sein, die mich beehrende Kundsch. reell und prompt zu bedienen. Bringe gleichzeitig mein **Reit- und Schaffstiefel-Lager** in freundliche Erinnerung.

Schuh-Auffärben in jeder gewünschten Farbe.

Otto Paasch, Leipzigerstr. 34

Pfeil



Kaffee

ist kräftig, fein rein schmeckend und reich aus der Rösterei.

C. G. Pfeil.

Differiere billigst ab Lager

Leunasalpeter Nitrophoska

Kalkstickstoff Kalksalpeter

Kalkammonsalpeter schwefels. Ammoniak

Kali 54 u. 42%

Ammoniak-Super 9x9

Superphosphat Kainit, Thomasmehl

Zement, Kalk Tonwaren

Otto Möbius, Bergwitz

Gewerbe-Anstellung zum Heimattest!

Zu einer Besprechung über die Möglichkeit der Veranstaltung der Ausstellung laden wir alle daran interessierten Handel- und Gewerbetreibenden, ganz besonders aber die Mitglieder **der Kemberger Innungen der Kaufmännischen Vereinigung und des Gewerbe-Vereins**

zum **Dienstag, den 4. März, abends halb 9 Uhr** nach dem **Schützenhaus** ein

i. A.: Der Vorstand des Gewerbe-Vereins

Bahnhofs-wirtschaft Kemberg

Sonntag, den 9. März

Hausfastnachten



Freiw. Feuerwehr
Donnerstag, den 6. März, abends 8 Uhr pünktlich im Saale des Hotel „Blauer Hecht“

Gesellschaften

Bersammlung

betr. Einstellung der Spritzenbedienungen. Wir erwarten das alle Kameraden pünktlich erscheinen **Der Oberbrandmeister**



Krieger-Berein

Morgen Dienstag, den 4. März, abends 8 Uhr im Hotel Palmbaum

Bersammlung

Tagesordnung: Errichtung einer Gedenktafel Beschaffung von Gewehren Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Achtung!

Alles muß kommen! Sonnabend, den 8. März großer

Holzader-Ball

in Zubast verbunden mit **Nacht-Schlachtest**



Nach einem arbeitsreichen Leben verstarb am Sonntag abend 11¹/₄ Uhr nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, der

Seilermeister

Ernst Wend

im 64. Lebensjahr.

Kemberg, den 2. März 1930.

In tiefer Trauer

Marta Wend und Kinder.

Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr.

Für die liebevolle Teilnahme bei dem Heim- gange unserer guten Mutter sagt im Namen der Hinterbliebenen herzlichen Dank.

Elisabeth Elbe geb. Möbius

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sage ich hiermit allen meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Kleintierzucht-Verein für das ehrenvolle Geleit. Dank aber auch Herrn Pfarrer Abmus für die trostreichen Worte und Herrn Korrektor Pade nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

In Namen aller Hinterbliebenen **Ww. Auguste Jentsch**

Für die vielen Kundgebungen aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis unseres unvergeßlichen Entschlafenen sprechen wir hiermit zugleich im Namen unserer Verwandten jedem einzelnen den allerherzlichsten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Pastor Schulze-Bergwitz für die herzlichen Trostesworte und Herrn Hauptlehrer Herrig nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

Familie Wilhelm Pannier, Zieschewitz

Sie versäumen

bestimmt viel, wenn Sie meinen

Ausverkauf

nicht beachten.

Ich habe die Preise so herabgesetzt, daß dieselben größtenteils weit unter dem Einkaufspreis liegen.

Hier nur einige Beispiele:

Corona-Derrenrad m. Torpedofortlauf	statt 150.—	nur 95.—
Damenrad	155.—	100.—
"	130.—	75.—
" Halbrenner	160.—	95.—
Eppich-Lourenrad	150.—	90.—
Victoria-Nähmaschine (Schwingschiff mit Kasten) Eiche	170.—	120.—
Frister & Rossmann, desgl. poliert Nähmaschine	180.—	120.—
" verstellbar m. Rundschiß, poliert	270.—	170.—
Kreisäge mit Kollisch	85.—	65.—
" mit Rippisch	105.—	80.—
Kartoffelquetschen	8.—	5.—
Schrotmühle mit 400 mm Steinen	225.—	130.—
elektr. Bügeleisen 110 u. 220 Volt	10,50	8.—
elektr. Staubsauger	155.—	120.—

Sämtliche anderen Artikel ebenfalls zu enorm billigen Preisen

Ernst Roming, Kemberg

vormals Franz Roming & Söhne
Wittenberger Straße 48 Telefon 242

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Altehrliches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Postzelle oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Anzeigenzelle 10 Pfg., Anzeigenzelle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie richtige Wiederholungen unbedingt schriftliche oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Laufende, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 26

Dienstag, den 4. März 1930

32. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 5. März, 13 Uhr, sollen im städtischen Waldplan an der Kottler Straße (Reitplatz) **22 rm kiefernes Rollholz, 44 Stangenhausen** versteigert werden.

Sammelort: Gastwirtschaft Fechner. Bedingungen im Termin.

Kemberg, den 3. März 1930.

Der Magistrat.

31] **Sonnabend, den 8. März**

Kram- und Viehmarkt

in Kemberg. Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr. Kemberg, den 3. März 1930.

32] **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

- Die innenpolitische Lage ist auch durch die letzten Kabinettsitzungen nicht geklärt worden, so daß eine Regierungserklärung dringlich nahe gerückt ist.
- Reichspräsident von Hindenburg hat einzelne Parteiführer empfangen, um vermittelnd in der Frage des Kabinetts einzugreifen.
- In Tardios neuem Kabinett ist auch Briand wieder als Außenminister, Maginot als Kriegsminister vorgesehen, einzelne Minister werden von weiter rechts als bisher geholt werden müssen.
- Das zehnjährige Dienstjubiläum des ungarischen Reichswelers, Admiral Horty, wurde in Budapest mit großem Glanz gefeiert.

Fachungspause im Reichstag.

Eine kurze Schlußführung.

in Berlin, 1. März.

Im Reichstag begann die angekündigte Fachungspause. Erst am Donnerstag nächster Woche wird das Plenum wieder zusammentreten, um dann die zweite Lesung der Younggeetze zu beginnen.

Die Sitzung selbst war nur kurz. Der Nachtragsetat wurde nach kurzer Aussprache dem Ausschuss übergeben. Ein kommunistischer Antrag, die Zollerhöhung für Kaffee und Tee rückgängig zu machen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Eine Aussprache entspann sich nochmals über die Verlängerung der Wiedereinstellungsfrist.

Der Ausschuss hat bekanntlich beschlossen, diese Geetze nur bis zum 30. Juni 1931 zu verlängern, um in der Zwischenzeit eine Reform der Wirtschaft zu durchzuführen. Die Wirtschaftspartei, die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei traten dafür ein, daß die Verlängerung nur für ein halbes Jahr beschlossen werde. Sozialdemokraten und Kommunisten wollten dagegen die Regierungsvorlage wieder herstellen, die eine Verlängerung bis 1932 vorsieht. Alle diese Anträge wurden abgelehnt und die Verlängerung entsprechend dem Wunsch des Ausschusses endgültig beschlossen.

Der Preussische Landtag.

Annahme landwirtschaftlicher Anträge.

Der Preussische Landtag nahm eine Reihe von Anträgen zu Gunsten der Landwirtschaft an. U. a. soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden, in einem deutsch-polnischen Handelsvertrag keine Einfuhr von Schweinen aus Polen zuzulassen. Der ostpreussische Landwirtschaft soll durch Erleichterung der Preiskontrollen ein gewisses Maß an Mittel verlangt.

Auf die Reichsregierung soll zwecks Erlasses eines Verbotes hingewirkt werden, monach bei der augenblicklichen Not der Landwirtschaft Veränderungen wegen neuerlicher Rückstände nicht vorgenommen werden sollen. Annahme fanden auch Anträge wegen Erhöhung des Zolles für Eier, Obst und Gemüse. Auch die Einfuhr ausländischer Weine soll angehts der Notlage der deutschen Winzer beschränkt werden. Schließlich wird noch verlangt: Senkung der Zinsenlast der Landwirtschaft, Erhöhung der Weinzölle, Maßnahmen gegen ein weiteres Sinken der Weizenpreise und Stützung des Roggenpreises auch in Westpreußen.

Verwaltung der Arbeitslosenversicherung.

Eine bemerkenswerte Stellungnahme.

in Berlin, 1. März.

Angehörige der Erörterungen über die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung werden die Stellungnahme der „Sozialen Praxis“, des Zentralblattes für soziale Politik und Wohlfahrtspflege, recht bemerkenswert. Die „Soziale

Praxis“ wendet sich gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund und die sozialdemokratischen Vertreter und schreibt, daß in der Haltung der freien Gewerkschaften eine bestimmte Antagonisierung liegt. Man kann nicht gut auf der einen Seite weitgehende Selbstverwaltung verlangen und dann schwierigen und unangenehmen Verantwortungen ausweichen wollen. Ob eine solche Erweiterung der Selbstverwaltung zweckmäßig wäre, ist freilich eine andere Frage. Theoretisch hat sie für sich, daß aus dem Reich der Verwaltung auch die Pflicht der Verantwortlichkeit hergeleitet würde. Praktisch spricht aber dagegen, daß die Finanzgebarung der Reichsaufkalt — weit härter als bei den Trägern der reinen Sozialversicherung — in ihrer Ausübung keine interne Angelegenheit ist, sondern daß sie weit darüber hinaus auf andere Gebiete, in erster Reihe die öffentliche Wohlfahrtspflege, ausstrahlt.

Deher wäre es natürlich völlig untragbar, wenn bei einer solchen Autonomisierung nach wie vor die Vertreter der öffentlichen Körperschaften von jeder Mitwirkung ausgeschlossen blieben. Die Gewerkschaften



Hort-Hort-Karten, auf der Rechten mit Beifall aufgenommen.

Namens der Bawerischen Volkspartei erklärte Abg. Leicht, daß sich auch die Bawerische Volkspartei im Augenblick der Stimme enthalte.

Nach Ablehnung aller Verhandlungsanträge wurden dann Artikel 1 des Youngplanes mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Deutschen Volkspartei gegen 23 Stimmen der Deutsch-Nationalen, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Christlich-Nationalen bei 15 Enthaltungen des Zentrums und der Bawerischen Volkspartei angenommen. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch der Rest des Youngplanes genehmigt. Die Liquidationsabkommen wurden mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen, da in diesem Falle Abg. Dr. Schnee (DVP.) mit der Opposition gegen die Abkommen stimmte.

Beim deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wurde mit 35 gegen 23 Stimmen ein deutsch-nationaler Änderungsantrag abgelehnt, der bei den Vorschriften über die Verwaltung und Tilgung die Zustimmung des Reichstages verlangte.

Der Entschädigungsantrag.

Angenommen wurde mit 34 gegen 27 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Antrag, der dem Artikel 3 der Liquidationsvorlage folgende Fassung gibt: Reichsangehörige, die durch die deutsch-polnische Uebereinkunft einen unmittelbaren Vermögensnachteil erleiden, erhalten eine angemessene Entschädigung. Bei der Festsetzung der Entschädigung dürfen die Geschädigten nicht schlechter gestellt werden, als wenn die Entschädigung nach den Grundsätzen festgestellt worden wäre, nach denen der deutsch-polnische gemeinsame Schiedsgerichtshof oder der ständige internationale Gerichtshof im Saag die Entschädigung voranzuschießlich festgestellt haben würde.

Ferner wird die Reichsregierung ersucht, den aus Polen verdrängten entschädigungsberechtigten Anwohnern die Wiederherstellung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bis zur nächsten Ernte durch sofortige Zahlung von Vorkäufen auf die zukünftige Schlußentscheidung zu ermöglichen sowie auch den aus Polen verdrängten und entschädigungsberechtigten kleinen und mittleren Existenzen, insbesondere den Handwertern, Gewerbetreibenden und den kleinen Industriellen durch Kreditgewährung auf die spätere Schlußentscheidung sowie durch Steuererleichterungen den Neuaufbau ihrer Existenz bzw. die Weiterführung ihrer Betriebe in Deutschland zu ermöglichen. Damit war die Liquidationsvorlage, die alle Liquidationsabkommen, auch das deutsch-polnische, umfaßt, angenommen.

Die Folgen des Zentrumsbeschlusses.

Die Folge der Beschlüsse des Zentrums und der Bawerischen Volkspartei über ihre Stimmhaltung im Ausschuss braucht natürlich, trotz der gegenteiligen Erklärung der Regierung, noch keine Kabinettskrise zu sein, da die endgültige Entscheidung erst im Plenum des Reichstages fällt. Den letzten Beschlüssen über keine Zahlung wird das Zentrum zweifellos erst vor der dritten Beratung im Plenum folgen, und dieser Beschlüsse wird wiederum stark abhängen von dem weiteren Verlauf der Besprechungen über die Finanzpolitik.

Kommt es zur Krise?

Der Kampf um das Kabinetts.

in Berlin, 2. März.

Das Reichskabinetts tagte beinahe in Bermanen, ohne daß bisher eine Einigung hätte erzielt werden können. Der schwierigste Punkt, wo sich die Geister scheiden, ist das sogenannte Kabinetts, für das eine Mehrheit im Kabinetts vorhanden ist, das aber von der DVP. nach wie vor mit allem Nachdruck abgelehnt wird. Das Kabinetts ist so gefaßt, daß dadurch eine Summe von 100 Millionen aufgebracht werden soll, und zwar von sämtlichen Beamten ohne Unterschied der Gehaltsstufe sowie von allen Selbstbedienten mit einem Jahreseinkommen von über 8400 Mark. Man hat vorläufig errechnet, daß zur Aufbringung dieser Summe aus den genannten Bevölkerungsschichten eine zusätzliche Einkommensteuer, geteilt zwischen 1 bis 3 Prozent, erhoben werden müßte.

Anfolge des unüberbrückbaren Gegenstandes in dieser Frage zwischen den Sozialdemokraten und dem Zentrum einerseits und der Bawerischen Volkspartei andererseits hat sich die parlamentarische Lage außerordentlich angespannt. Wenn nicht in letzter Minute ein Mittelweg gefunden wird — und er ist nicht zu sehen —, ist die Krise unvermeidbar.

Die Haltung der Demokraten ist nicht ganz eindeutig. Es scheint, daß sie zwar das Kabinetts ablehnen, es aber nicht zur Vertrauensfrage machen. Am Freitag abend tagten noch die Fraktionsvorstände des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. Da sich der Reichstag bis zum 6. März vertagt hat, werden die Fraktionen selbst, die in dieser entscheidenden Frage gefaßt werden müssen, vor Montag nächster Woche nicht zusammentreten, so daß eine Entscheidung nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten wäre.

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei.

Der schon seit längerer Zeit zur Regelung organisatorischer Fragen einberufen worden war, trat ebenfalls zusammen. Man darf aber annehmen, daß er sich auch mit der kritischen Zustimmung der parlamentarischen Lage befaßt hat und die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion der DVP. unterstützt.

Der Reichspräsident greift ein.

Der Reichspräsident empfing zunächst den Fraktionsführer der Zentrumspartei, Dr. Wehling, und im Anschluß hieran den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz. Der Reichspräsident dürfte in seiner Unterredung mit Dr. Scholz diesem nahegelegt haben, die Deutsche Volkspartei möge angesichts der schwierigen Lage, in der sich das Deutsche Reich befinde, die Bedenken gegen das Kabinetts zurückstellen.

Der Reichspräsident hat bei dieser Gelegenheit lediglich keine persönliche Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß in einer solchen Zeit der Not, wie sie das deutsche Volk jetzt durchläuft, derjenige Teil der Bevölkerung, der dazu in der Lage und vor Arbeitslosigkeit geschützt ist, den Arbeitslosen helfen müsse. Gleichzeitig wird eine liberale politische Stellung des Reichspräsidenten hingewiesen, der nicht daran denke, von dem bisherigen Brauch abzuziehen und sich in innerpolitischen Streitigkeiten einzumischen. Der Reichspräsident habe, wie schon betont, lediglich keine Auffassung als Neutraler fundieren.

Innenminister Erzseinski zurückgetreten.

Sein Nachfolger: Prof. Dr. Baerlein.

in Berlin, 1. März.

Der preussische Innenminister Erzseinski ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde